

Medienmitteilung vom 17. Januar 2017

Sperrfrist bis 17.01.2017 9.45 Uhr

Pflegefachverband SBK-ASI lanciert Eidgenössische Volksinitiative "für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)"

Pflegenotstand droht: Pflegende schlagen Alarm!

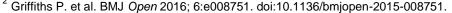
Der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lancierte heute die Volksinitiative für eine starke Pflege. Sie hat zum Ziel, den drohenden Pflegenotstand zu verhindern. Die Initiative verpflichtet Bund und Kantone, in die Ausbildung im Pflegebereich zu investieren, die Rahmenbedingungen in der Praxis zu verbessern und die eigenverantwortliche Arbeit der Pflegefachpersonen gesetzlich anzuerkennen.

Der Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal ist gravierend. Die Zunahme der bürokratischen Auflagen führt im Arbeitsalltag dazu, dass immer weniger Zeit für die Pflege der Patienten bleibt. Das gefährdet die Sicherheit der Patienten und führt bei den Pflegenden selber zu Stress und Ausbrennen. Die Aussteigerinnenquote aus dem Beruf ist enorm hoch. Fachpersonal fehlt in Heimen, im ambulanten Bereich und in Spitälern.

Diese Situation wird sich weiter verschärfen, wenn nicht endlich griffige Massnahmen getroffen werden. Die Zunahme an Menschen mit chronischen Krankheiten wird dazu führen, dass der Bedarf an Pflegeleistungen weiter ansteigen wird. Allerdings wird heute nicht einmal die Hälfte der in Zukunft benötigten Pflegefachpersonen ausgebildet. Über alle Ausbildungsstufen sind es ebenfalls nur 56 Prozent¹. Für die Sicherheit der Patienten ist das fatal: Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Komplikationen zunehmen und Sterberaten steigen, wenn der Anteil an diplomierten Pflegefachpersonen im Pflegeteam zu tief ist².

Die Pflegefachpersonen können dieser Entwicklung, die durch den enormen Kostendruck noch vorangetrieben wird, nicht länger zusehen. Ihr Berufsverband SBK-ASI mit seinen rund 25 000 Mitgliedern fordert mit der Volksinitiative, dass in die Rahmenbedingungen der verschiedenen Pflegeberufe investiert wird. Damit sollen mehr junge Menschen einen Pflegeberuf ergreifen und nach der beruflichen Grundbildung die höhere Berufsbildung zur diplomierten Pflegefachperson absolvieren. Ausgebildetes Personal soll dank guten Anstellungsbedingungen länger im Beruf gehalten werden oder zum Beispiel nach einer Familienpause wieder einsteigen.

¹ Schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren GDK/Organisation der Arbeitswelt Gesundheit OdASanté (2016). Nationaler Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe. Personalbedarf und Massnahmen zur Personalsicherung auf nationaler Ebene, S. 47.





Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 388 36 36 info@sbk-asi.ch – www.sbk-asi.ch – www.pflegeinitiative.ch

Spendenkonto: PC 31-460246-9 - IBAN CH22 0900 0000 3146 0246 9



Helena Zaugg, Präsidentin des SBK, konkretisiert: "Es braucht zwingend einen höheren Ausbildungslohn für Pflegefachpersonen in Ausbildung. Es muss sich finanziell lohnen, die höhere Berufsbildung zu absolvieren. Und es braucht Arbeitsbedingungen, die auf diese Frauenberufe angepasst sind." Nur so werde es gelingen, genügend Personen für einen Pflegeberuf zu begeistern und sie auch längerfristig im Arbeitsprozess zu behalten. Nur so ist eine gute pflegerische Versorgung auch in Zukunft gewährleistet. Zudem müsse die Verantwortung, die Pflegefachpersonen im Alltag bereits innehaben, auch gesetzlich anerkannt werden. "Es kann doch nicht sein, dass Pflegefachpersonen für das Anziehen von Kompressionsstrümpfen oder für die Unterstützung beim Waschen eine ärztliche Verordnung brauchen, damit die Leistung bezahlt wird!" sagt Helena Zaugg. Solche bürokratischen Leerläufe abzuschaffen vereinfache Abläufe und spare Zeit.

Für den SBK hat es das Bundesparlament verpasst, die notwendigen Weichen zu stellen Eine parlamentarische Initiative für die gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege (11.418, https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?Affairld=20110418) ist vor einem Jahr im Parlament gescheitert. Die Alarmsignale der Pflegeverbände wurden von der Politik und den Behörden bisher weitgehend ignoriert. Nun brauchen die Pflegenden in der Schweiz die Unterstützung der Bevölkerung, damit sie weiterhin eine Pflege in guter Qualität leisten können.

Für Auskünfte steht zur Verfügung: Helena Zaugg, Tel. 079 880 92 27

Alle Dokumente zur Medienkonferenz sind im NewsRoom auf www.sbk-asi.ch aufgeschaltet.

